



Änderungsantrag

der Fraktion der CDU

„Mit offenen Karten spielen – Entgeltgleichheit verwirklichen“
Drucksache 18/2810

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Lohn Differenzen zwischen Männern und Frauen bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit nicht akzeptabel sind.

Der statistisch festgestellten Entgeltlücke liegen dabei zahlreiche Ursachen zugrunde: Unterschiede bei der Branchen- und Berufswahl, verschiedene Erwerbsbiographien, Erwerbsunterbrechungen wegen Kindererziehung, Schwierigkeiten beim beruflichen Wiedereinstieg, Teilzeitarbeit und der geringere Anteil von Frauen in Führungspositionen, schlechtere Aufstiegschancen und nach wie vor feste Rollenzuschreibungen.

Reformen in der Besoldungs- und Tarifstruktur müssen auf ihre geschlechtergerechte Auswirkung hin überprüft und entsprechend angepasst werden.

Eine Strategie zur Überwindung der Entgeltungleichheit muss viele Faktoren umfassen und über die einfache Bekämpfung der unmittelbaren Diskriminierung hinausgehen.

Darüber hinaus stellt der Landtag fest und kritisiert, dass die Landesregierung in ihrem Zuständigkeitsbereich Entgeltungleichheiten bei der Reform der Lehrerbesoldung verursacht, die der sozialen Gerechtigkeit widersprechen.

Zur Überwindung der Entgeltungleichheit wird die Landesregierung zudem aufgefordert,

- sich für eine geschlechtergerechte Berufsberatung einzusetzen, da die Berufs- und die Studienplatzwahl von jungen Frauen und Männern immer noch zu stark von traditionellen Rollenbildern geprägt ist,
- Tarifparteien aufzufordern, selbstständig Initiativen zu ergreifen, um strukturelle Entgeltungleichheit in Tarifverträgen zu erkennen und zu überwinden. Entgeltgleichheit muss ein dauerhaftes Kernthema in Tarifverhandlungen werden,
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass bei gesetzlichen Änderungen weder die Tarifautonomie beschnitten noch mehr Bürokratie für Unternehmen geschaffen wird.

Begründung:

Am 20. März 2015 findet der diesjährige Equal Pay Day statt und soll auf bestehende Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen aufmerksam machen.

Der aktuell bestehende Lohnabstand von 22 Prozent lässt sich nach Angaben des Statistischen Bundesamts zu rund zwei Dritteln damit erklären, dass Männer in den Hochlohnbranchen der Industrie überrepräsentiert sind und Frauen häufiger Teilzeit und seltener in Führungspositionen arbeiten. Insbesondere die verbleibenden 7 Prozent müssen unser Ansporn sein, mit geeigneten Mitteln diese Entgeltungleichheit zu beseitigen.

Wenn vergleichbare Ausbildungen zum gleichen Lohn führen sollen, dann zeigt die Landesregierung gerade am Beispiel der Schleswig-Holsteinischen Grundschullehrerinnen und -lehrer, dass sie sich das nicht zu eigen macht. Trotz vergleichbarer Ausbildung erhalten Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen, an denen 90 Prozent Frauen unterrichten, eine geringere Bezahlung als ihre Kolleginnen und Kollegen an weiterführenden Schulen.

Tarifparteien und Unternehmen kommt dabei eine besondere Verantwortung zu, diese Lohnlücke zu schließen.

Auch hat die Berufs- und Studienberatung sowie die Berufsorientierung in der Schule eine große Bedeutung. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels bei mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Berufe und Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsberufen wird eine geschlechtergerechte Berufsberatung benötigt. Sie muss verbindliche Informationen über alle Berufs- und Verdienstmöglichkeiten für Mädchen und Jungen bieten.

Ziel muss es sein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur als gleichstellungs- und familienpolitisches Ziel zu sehen. Sie hat auch starken Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung und trägt somit maßgeblich zur Verringerung der Lohnlücke bei.

Katja Rathje-Hoffmann
und Fraktion